



ICEP argumente

5. Jg. | 1. Ausgabe 2009 | Januar

Vom Staatsbürger zum Citoyen – Community Organizing in der Bürgergesellschaft

von Leo Joseph Penta und Christiane Schraml, Berlin

Am 20. Januar 2009 haben wir mit der Amtseinführung von Barack Obama als ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika einen historischen Schritt in der Geschichte der Demokratie erlebt. Den Erfolg von Obama machen sicherlich auch seine Persönlichkeit und sein Charisma aus. Was ihn aber besonders auszeichnet, ist ein untrügliches Vertrauen in die Kraft, die das gemeinsame Handeln von Menschen für eine geteilte Vision entfalten kann. Obama setzte im Wahlkampf auf die Leitbilder *Wandel* und *Hoffnung*, Politik begreift er als einen Prozess von unten nach oben. Dieses Verständnis entwickelte er insbesondere durch seine Zeit als Community Organizer. Obama arbeitete drei Jahre in Chicago für eine Organisation, die in der Tradition des Community Organizing das gemeinsame Handeln von Menschen organisiert, damit sie zusammen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren Stadtgebieten eintreten. Seine Arbeit als Organizer reflektiert er als die Zeit, in der er am meisten über Politik gelernt hat. In seinem Buch *Dreams from My Father* bringt er es auf eine Formel: Wandel kann nicht von oben kommen, sondern muss durch aktive Bürger von unten initiiert werden.

Community Organizing in Deutschland

Obamas Kampagne stellte die Botschaft in den Mittelpunkt, dass dort Veränderung möglich ist, wo Menschen zusammen für eine geteilte Vision eintreten und aktiv werden: *Yes we can*. In Berlin steht der Name *Wir sind da!* der Bürgerplattform Wedding/Moabit für diese Idee. Die Bürgerplattform ist nach dem Ansatz des Community Organizing entstanden. Mehr als tausend Menschen mit deutschen, türkischen, arabischen, russischen und polnischen Wurzeln kamen im November 2008 zusammen, um nach einem zweijährigen Aufbauprozess die Bürgerplattform öffentlich zu gründen. Sie stammen aus den 40 zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen der Bürgerplattform, zu denen Moschee- und Kirchengemeinden, soziale Träger und Selbsthilfeinitiativen zählen. Am Gründungsabend standen diese Menschen auf der Bühne – viele von ihnen zum ersten Mal in ihrem Leben – stellten sich und ihre Organisationen vor und erzählten von den Problemlagen in den Alt-Bezirken der Berliner Mitte, die so

gar nicht in das Konzept der neuen Hauptstadtmitte passen. Gemeinsam wollen sie sich künftig für die Lösung dieser Probleme einsetzen und an der Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihren Stadtteilen mitarbeiten.

Bürgerplattformen sind das organisierte Gesicht der lokalen Zivilgesellschaft. Sie sind finanziell, religiös und parteipolitisch unabhängig und zeichnen sich durch Respekt und Wertschätzung der Vielfalt aus. Mit den gebündelten Kräften der lokalen Zivilgesellschaft erzielen langfristig arbeitende Bürgerplattformen beträchtliche Erfolge bei der Gestaltung und Entwicklung des Gemeinwesens, wie die bereits länger bestehenden Bürgerplattformen *Organizing Schöneweide – Menschen verändern ihren Kiez* in Berlin und *ImPuls-Mitte* in Hamburg zeigen konnten.

Eine politische Lesart der Bürgergesellschaft

Community Organizing ist getragen von einem Antwortversuch auf die in pluralistischen Gesellschaften aufkommende, drängende Frage: Wie können Menschen

ICEP · Berliner Institut für christliche Ethik und Politik

Das ICEP versteht sich als politische Ideenagentur, die mit sozialethischen Positionen und Expertisen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen Entscheidungsträger und Betroffene vom Standpunkt einer anwendungsorientierten christlichen Ethik aus berät. Zusammen mit anderen Sozialethikerinnen und Sozialethikern bildet es eine Plattform für christliche Ethik im politischen Raum. Das ICEP ist eine Forschungseinrichtung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB).

Über die Autoren

Dr. Leo Joseph Penta ist Professor für Gemeinwesenarbeit/-ökonomie an der KHSB und Leiter des Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO). Weitere Informationen und Kontakt unter: www.dico-berlin.org.

Christiane Schraml, Dipl. Sozialarbeiterin (FH), ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der KHSB sowie kooptiertes Mitglied des ICEP und promoviert zum Thema Community Organizing.

an der Gestaltung der Gesellschaft teilhaben und gemeinsam Verantwortung für ihre Gemeinwesen wahrnehmen? Dies ist eine der zentralen Herausforderungen moderner Demokratien. Unter dem Stichwort der neuen Verantwortungsteilung will hierauf auch das Konzept der Bürgergesellschaft antworten. In ihrer sozialpolitischen Prägung gerät dabei bislang vor allem der Bürger als aktiver Wohlfahrtsproduzent oder Philanthrop in den Blick: Ältere Menschen lesen Kindern vor, erfahrene Manager coachen Jugendliche für Bewerbungsgespräche, Ehrenamtliche übernehmen soziale Dienste. Community



Organizing blickt hingegen auf die Bürgergesellschaft vor allem als politischen Raum, in dessen Mittelpunkt der Bürger als *Citoyen* – der Mensch als ein *zoon politikon* – steht. Er nimmt selbstorganisiert und selbstbestimmt an der Gestaltung seiner Umwelt teil: So besuchen Bürgerinnen und Bürger das Berliner Abgeordnetenhaus, wenn dort wichtige Entscheidungen anstehen, sie gründen eine Aktionsgemeinschaft für die wirtschaftliche Belebung ihres Stadtteils und suchen sich hierfür Partner aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, sie sehen der Politik auf die Finger und bringen eigene Lösungsvorschläge ein.

Die Bürgergesellschaft kann der Ort des genuin Politischen, des diskursiven Verhandelns und kooperativen Handelns von Menschen im Raum der Öffentlichkeit sein. Diese politische Lesart der Bürgergesellschaft zielt auf die Ermöglichung eines strukturell gestaltenden Handelns zivilgesellschaftlicher Organisationen. Ihr Erfolg misst sich am Grad der regelmäßigen Beteiligung an öffentlichen Aushandlungs- und Problemlösungsprozessen und der Fähigkeit, gesellschaftliche Identifikation von Minderheiten zu bewirken. Sowohl die soziale als auch die politische Dimension der Bürgergesellschaft sind für ihre Wirkungsmacht elementar. Im Zusammenwirken der beiden Dimensionen bilden sich die normativen Werte von Solidarität und selbstbestimmter Teilhabe aus. Sie ist deshalb kein Luxus-, sondern ein Lebensgut der Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen erbringen Leistungen, die weder von staatlicher Seite geregelt noch vom Markt produziert werden können: sie reproduzieren die soziomoralischen Grundlagen einer Gesellschaft und üben demokratische Verantwortungsübernahme aus.

Selbstbestimmte Teilhabe und Verantwortung

Damit die Bürgergesellschaft nicht nur als Ausfallgehilfin von Sozialpolitik oder als dritter Markt für ökonomische Interessen instrumentalisiert wird, muss sie zunehmend selbstorganisiert und selbstbestimmt auftreten. Eine solche Autonomie meint nicht Autarkie: Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen in einer wechselseitigen Beziehung zu den gesellschaftlichen Sek-

toren von Staat und Markt. Eine mündige Bürgergesellschaft zielt jedoch auf ein Verhältnis auf Augenhöhe, das es den zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglicht, Politikern, Verwaltungsmitarbeitern oder Unternehmern als anerkannte Partner gegenüber zu treten. Mit der Forderung einer selbstbestimmten Bürgergesellschaft verbindet sich der ethische Anspruch, dass gesellschaftliche Beteiligung zu einem Mehr an selbstbestimmter Teilhabe führen muss. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit zur Partizipation an gerechtigkeitsrelevanten Diskursen; und Beteiligung wird nicht allein für sozialpolitisch erwünschte Dienstleistungen aktiviert. Um dies zu ermöglichen, müssen sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen vernetzen und gemeinsame Handlungsräume und Handlungsformen finden. Kooperative Verantwortungsgemeinschaften wie Bürgerplattformen bilden sich nicht spontan, sondern müssen initiiert, gefördert und begleitet werden. Erst dann können sie auch wirklich der Forderung nach einer neuen Verantwortungsteilung nachkommen. Denn Verantwortung kann nur übernehmen, wer auch selbstbestimmt handlungsfähig ist. Wer nur auf staatliche Vorgaben oder ökonomische Zwänge reagieren kann, anstatt selbst zu agieren, der ist nicht in der Lage, Verantwortung für das Gemeinwohl effektiv zu übernehmen. Bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme geht auch nicht in der sozialpolitischen Forderung nach *Eigenverantwortung* auf, sondern bildet sich als personale Eigenverantwortung erst in Solidarität aus. Und sie darf nicht als Plus-Minus-Rechnung verstanden werden: weniger Staat = mehr Bürgergesellschaft. Dies wäre ein verkürztes Verständnis des Subsidiaritätsgebots. Die wünschenswerte Forderung nach mehr Verantwortungsübernahme durch eine aktive Bürgergesellschaft geht nicht mit einer einfachen Minimierung staatlicher Tätigkeit einher, sondern mit der wohlverstandenen Neuausrichtung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen. Damit zivilgesellschaftliche Akteure ihre Potenziale zur Gestaltung der Gesellschaft entfalten können, bedürfen sie eines *hilfreichen Beistandes* in vielfältiger Weise. Verantwortungsübernahme ist voraussetzungsvoll und bedarf entsprechender befähigender, fördernder und ermöglicher Strukturen.

Inklusion in der pluralistischen Moderne

Community Organizing sieht die Bürgergesellschaft als pluralistisch strukturierten Ort der politischen Beteiligung. Die Inklusion von ausgeschlossenen oder durch Ausschluss bedrohten Bevölkerungs-

gruppen in dieses Beziehungs- und Handlungsnetz ist Anspruch und Ausdruck einer demokratischen, der sozialen Gerechtigkeit verpflichteten Haltung. Ziel ist es, die Vielseitigkeit der lokalen Zivilgesellschaft in einem kooperativen Miteinander zu verbinden. Es gilt Gemeinsamkeiten und Gemeinschaft in einer pluralistischen Moderne über religiöse, ethnische und soziale Grenzen hinweg erst aufzubauen. Damit zwischen unterschiedlichen Gruppen tragfähige öffentliche Beziehungen geknüpft werden können, bedarf es eines langfristigen und kleinteiligen Beziehungsgebildungsprozesses. Dieser muss bei den Menschen und ihren Interessen und Erfahrungen ansetzen, vor deren Hintergrund sich die unterschiedlichen Akteure begegnen und dann gemeinsame Interessen und Visionen entwickeln können. Die Inklusion von Migrantinnen und Migranten, von Menschen mit geistiger oder körperlicher Behinderung oder von Obdachlosen kann gelingen, wenn diese Menschen mit ihren Nöten und Problemen, aber auch Ressourcen und Potenzialen wahrgenommen und als selbstbestimmte Akteure respektiert werden. Dann können sie an einer gemeinsamen Praxis zivilgesellschaftlicher Beteiligung teilhaben und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen *teilgeben*. Eine solche pluralistisch zivilgesellschaftliche Verantwortungsgemeinschaft fördert die Inklusion der Bürgerinnen und Bürger als selbstbestimmte Akteure und kann sich zu einer *Enabling Community* im Sozialraum entwickeln.

Wie der neue US-amerikanische Präsident Barack Obama, so setzt auch Community Organizing auf die Kraft, die das gemeinsame Handeln unterschiedlicher Menschen für ein gemeinsames Ziel entfalten kann. Diese Kraft ist Ausdruck einer selbstbestimmten Lebensführung von Menschen, die sich untereinander in Respekt und Solidarität verbunden wissen, und sie ist notwendig, um die gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir begegnen müssen, zu bewältigen.

Impressum
Herausgeber / V.i.S.d.P.
ICEP · Berliner Institut für christliche Ethik und Politik

Köpenicker Allee 39–57
10318 Berlin

vertreten durch
Dr. Axel Bohmeyer

info@icep-berlin.de
www.icep-berlin.de

ISSN-Nr. 1614-7677